



Einwanderungs- deutschland

Lobna Jamal
Mirza Odabaşı

1945 bis 2023



Einwanderungs- deutschland

Lobna Jamal
Mirza Odabaşı

1945 bis 2023

Impressum

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Inhalte der im Text und in den Literaturhinweisen zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbietenden; für eventuelle Schäden und Forderungen übernehmen die Herausgeberin, die Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Autorinnen und Autoren keine Haftung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2024
© Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Bestellbar unter: www.bpb.de/zeitbilder
Bestellnummer: 3908
ISBN: 978-3-8389-7237-4
Redaktionsschluss: Juni 2023

Projektleitung und Redaktion: Lobna Jamal, Martin Langebach/bpb, Bonn
Lektorat: Eik Welker, Münster
Korrektur: Alexander Reischert, Köln
Bildredaktion: Mirza Odabasi, Berlin (Leitung);
Nils Langer, Düsseldorf; Marie Capelmann, Köln

Grafische Konzeption und Umsetzung: Serena Bossio, Jonas Cleve /
Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt a. M.

Geschlechtergerechte Sprache

Die Bundeszentrale für politische Bildung verwendet geschlechtergerechte Sprache nach den Empfehlungen des Dudens. Für die Autorinnen und Autoren ist dies zum Teil jedoch nicht ausreichend. Sie sind der Meinung, dass Menschen, die sich außerhalb eines zweigeschlechtlichen Systems verorten, unsichtbar gemacht werden, und befürworten daher eine inklusivere Schreibweise, die in diesem Band durch die Verwendung des Gender-Sternchens (*) realisiert wird.

Umschlagabbildung:

Auf den Bus müssen alle Menschen gleichermaßen warten.
Berlin-Friedrichshain, 2020.
Katinka Schuett & Anna Tiessen



Erinnerungen ...

Inhalt

Vorwort / Einleitung	6
<i>Cemile Giousouf / Lobna Jamal & Mirza Odabaşı</i>	
Grundlagen	16
<i>Reinhold Weber / Sarah Nimführ & Andrea Rumpel</i>	
Migrationsdiskurse in der BRD 1945 – 1989	44
<i>Frank Wolff / Nadine Mena Michollek / Lobna Jamal & Günter Wallraff / Rosaria Chirico / Ekrem Şenol</i>	
Migrationsdiskurse in der DDR 1945 – 1989	76
<i>Luise Böhm, Paolo Le van, Karoline Oehme-Jüngling, Katharina Warda & Nick Wetschel / Nadine Mena Michollek</i>	
Migrationsdiskurse im wiedervereinigten Deutschland ab 1990	98
<i>Simon Goebel / Melina Borčak / Nadine Mena Michollek & Ekrem Şenol / Nadine Mena Michollek / Vera Hanewinkel</i>	

Ein genauerer Blick auf ... 142

*Hendrik Cremer / Sabine Hess / Caroline Schreer / Ibrahim Cindark /
Wido Geis-Thöne / Noa K. Ha / Armin Pfahl-Traughber /
Christian Walburg*

Integration 188

*Annette Treibel / Magdalena Nowicka / Forough Hossein Pour /
Karim Fereidooni / Çiçek Bacık / Nadine Mena Michollek /
Alexander-Kenneth Nagel / Naime Çakır-Mattner / Ekrem Şenol /
Nora Hespers & die „Datteltäter“/ Jan Karon*

Rassismus 258

*Maria Alexopoulou / Melina Borčak & Alice Hasters / Juliane Karakayalı /
Cana Bilir-Meier & Gürsoy Doğtaş / Martin Hyun / Ekrem Şenol /
Nora Hespers / Nadine Mena Michollek*

Diversität und Zugehörigkeit 342

*Naika Foroutan / Serhat Karakayalı / Urmila Goel /
Hüseyin Topel & Aladin El-Mafaalani*

Anhang 382



Vorwort

Einwanderungsland Deutschland. Diese Beschreibung einer historischen und zeitgenössischen Tatsache war lange Zeit nicht sagbar. Zu heftig waren die Abwehrmechanismen gegen eine Realität, die nicht anerkannt wurde und erzählt werden konnte. Dabei lässt sich für Deutschland als zentrale Transitregion Europas seit jeher eine bewegte, von Migration, Vielfalt sowie soziokulturellen Verflechtungen und Verwerfungen geprägte Geschichte nachzeichnen. Erinnert sei etwa an die Hugenotten, die im 17. Jahrhundert nach Preußen kamen, an polnischsprachige Zuwanderung ins Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert oder an Intellektuelle aus dem Nahen Osten, die im Berlin der 1920er-Jahre eine neue Heimat fanden. Das Anwerbeabkommen mit der Türkei und weitere bilaterale Verträge in den 1950er- und 1960er-Jahren sowie Fluchtbewegungen bis in die jüngste Zeit prägen unsere Gesellschaft nachhaltig. Heute haben annähernd 30 Prozent der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund.

Migration war und ist ein Thema mit politischer Sprengkraft. Es berührt beinahe jeden Aspekt des sozialen Miteinanders, wobei die Ansichten darüber, wie ein Leben in Vielfalt und Zusammenhalt gelingen kann, deutlich auseinandergehen. Doch kontroverse Debatten und Aushandlungsprozesse gehören zum Kern einer freiheitlichen Demokratie und einer offenen Gesellschaft. Entscheidend ist, *wie* darüber verhandelt wird. Mehr Sachlichkeit und weniger Instrumentalisierung wären wünschenswert. Denn die emotionalisierten Kontroversen gehen oft zulasten des Alltags der Menschen, für die Deutschland Heimat ist – die dazugehören und deren enorme Vielfalt an Lebensentwürfen, Visionen und Potenzialen beständig im homogenisierenden Narrativ „der Migranten“ untergeht.

Das vorliegende *Zeitbild* der Bundeszentrale für politische Bildung greift diese Vielfalt auf, lässt Eingewanderte selbst ihre eindrücklichen Geschichten erzählen und bearbeitet wesentliche Herausforderungen und Ressourcen von Migration. Dies ist wichtig, um Perspektiven zu entwickeln und gemeinsam nach vorn schauen zu können. Denn tatsächlich geht es heute darum, das Morgen zu denken und aktiv zu gestalten. Ein wichtiger Baustein dabei ist die politische Bildung. Ihr Ziel ist es, Menschen zu befähigen, sich informiert und kritisch mit komplexen Themen auseinanderzusetzen, sich eine Meinung zu bilden und in politischen Diskursen zu engagieren. Denn eine repräsentative Demokratie muss die gesellschaftliche Vielfalt abbilden, sie lebt von den Stimmen der Vielen. Im Einwanderungsland Deutschland.

Bonn, 27. Juni 2023
Cemile Giousouf

Einleitung

Lobna Jamal
Mirza Odabaşı

Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes im März 2023 will die Bundesregierung die Einwanderung von Arbeitskräften außerhalb der Europäischen Union erleichtern. Aus demografischen Gründen sei eine solche Reform zwingend notwendig, um ausländische Fachkräfte für die deutsche Wirtschaft zu gewinnen. Qualifizierte Zuwanderung, so heißt es, brauche man für den Fortschritt in Deutschland. Gleichzeitig plant die Bundesregierung, Einbürgerungen unter bestimmten Voraussetzungen zu vereinfachen. Diese Reformpläne lösen eine neue Debatte zum Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland aus. Neben viel Lob und Wohlwollen für die Pläne tritt die Kritik, dass qualifizierte Fachkräfte zwar einerseits erwünscht seien, Zugang zu Einbürgerungen andererseits jedoch nicht zu schnell gewährt werden dürfe. Erst sollten sich die Eingewanderten integrieren, bevor sie die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen könnten.

Deutsche Migrationspolitiken waren in der Vergangenheit und sind noch immer Gegenstand spannungsgeladener Auseinandersetzungen. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das menschliche Miteinander – oder eben auch Gegeneinander – haben diese Auseinandersetzungen, die stets nach demselben Muster laufen, eine existenzielle Bedeutung. Die Forderung nach der Regulierung von Migration, teilweise sogar nach Abwehr oder Verweigerung von Migration bestimmen die Diskurse und prägen das soziale Klima. Zu beobachten ist, dass in den Aushandlungen zwischen erwünschter und unerwünschter Zuwanderung unterschieden wird. Als notwendiges Übel ist in diesem Kontext der- oder diejenige erwünscht, der oder die der deutschen Gesellschaft nützlich ist wie die aus demografischen Gründen dringend gebrauchten Fachkräfte, unerwünscht sind alle anderen.

Dies zeigt leider auch die neuerliche Debatte um Asyl beziehungsweise die Unterbringung von Schutzsuchenden. Nicht nur auf europäischer Ebene ist dies ein Reizthema zwischen den EU-Mitgliedstaaten – während beinahe täglich Menschen im Mittelmeer auf der Flucht ertrinken, verweigern viele Regierungen humanitäre Hilfe. Auch in Deutschland beginnt im Frühjahr 2023 wieder die Stimmung zu kippen: Bürgerinnen und Bürger wollen oder können in ihren Kommunen keine Geflüchteten mehr aufnehmen. Die Kapazitäten, diese zu versorgen, reichten nicht aus. Kommunen und Länder rufen die Bundesregierung dazu auf, weitere Zuwanderung zu begrenzen oder gar zu stoppen. Derweil präsentiert die Bundesregierung einen Plan, die Asylverfahren an die EU-Außengrenzen zu verlagern. Eine Maßnahme, die dazu führen soll, Migration besser steuern zu können. Laut ARD DeutschlandTrend begrüßen 79 Prozent der Befragten diesen Plan (Ehni 2023).

Das Thema Migration ist ein vielschichtiger Dauerbrenner der deutschen Debatten. Ob nun Fachkräfteeinwanderung, Einbürgerungen derer, die schon hier sind, oder Asyl: Es gibt zwar nuancierte Unterschiede in der Art und Weise, wie Gesellschaft und Politik zu den unterschiedlichen Gruppen stehen, der problematisierende Ansatz betrifft aber alle Gruppen und Formen von Migration. Und ganz gleich ob Fachkraft oder Asylbewerber: Wenn es um Migration geht, befindet sich die Bundesrepublik in der Regel im Krisenmodus (Migrationskrise, Flüchtlingskrise, Fachkräftemangel). Das Ringen um die Ausgestaltung von Migration beziehungsweise die Verweigerung von Migration nach Deutschland hat, wie auch die Verdrängung der postmigrantischen Realität, eine lange Geschichte. Das Bewusstsein darüber, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, sickert zwar zunehmend ein, ist aber längst noch kein gesellschaftlicher Konsens. Dabei ist die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, insofern absurd, als die Fakten eine eindeutige Antwort liefern: Rund ein Viertel der in Deutschland lebenden Menschen hatte 2021 einen sogenannten Migrationshintergrund. Jeder vierte Mensch in Deutschland ist also selbst nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren oder hat mindestens ein Elternteil, das nicht mit deutscher Staatsbürgerschaft geboren ist. Im europäischen Vergleich gehört Deutschland zu den Hauptzielländern von Migration. Die Zahlen sprechen demnach eine unmissverständliche Sprache: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wer dies infrage stellt, verkennt die Realität.

Migration ist ein globales Faktum: Menschen wanderten seit jeher und wandern gegenwärtig über Grenzen, lassen sich nieder oder wandern weiter. Der Historiker Klaus Bade formulierte es folgendermaßen: „Migration ist ein Konstituens der *Conditio humana* wie Geburt, Vermehrung, Krankheit und Tod. Dabei ist die Geschichte der Wanderungen so alt wie die Menschheitsgeschichte, weil sich der *Homo sapiens* als *Homo migrans* über die Welt ausgebreitet hat“ (Bade o. J.). Die Motive für die Aus- beziehungsweise Einwanderung können unterschiedlich sein. Sie können berufliche oder familiäre Hintergründe haben, manchmal migrieren Menschen auch zu Bildungszwecken oder sie suchen Schutz vor Verfolgung und Krieg. Doch so selbstverständlich Migration in der Theorie ist, so groß sind die Herausforderungen, denen Einwandernde und auf-

nehmende Gesellschaften in der Praxis gegenüberstehen. Migration verändert Gesellschaften – politisch, sozial, religiös. Diese Veränderungsprozesse als normale Entwicklungen zu verstehen, fällt offenbar schwer. Verteilungsängste, Angst vor dem Verlust der eigenen Identität, vermeintliche kulturelle Unvereinbarkeiten und auch die Ablehnung der als fremd markierten Zugezogenen bestimmen die Diskurse rund um das Thema Migration.

Einwanderungsland wider Willen

Die Auseinandersetzung um die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland sei, begann erst in den 1970er-Jahren – nach mehr als zwei Jahrzehnten der (Nachkriegs-)Migration nach Deutschland. In der historischen Betrachtung der öffentlichen Diskussion der einzelnen Dekaden zeigt sich eine thematische und terminologische Entwicklung in Bezug auf Migration: In den 1950er- und 1960er-Jahren fand eine breite Auseinandersetzung über Geflüchtete und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten statt (vgl. Kossert 2008). Aufgrund der politischen Entwicklung in Bezug auf das Ende des Kalten Krieges und auch infolge des sogenannten Wirtschaftswunders sowie die dadurch begünstigte Integration der Geflüchteten und Vertriebenen in den 1970er-Jahren verlor diese Auseinandersetzung an Bedeutung. Es trat dann eine andere Personengruppe in den Fokus der Debatten: die der sogenannten Gastarbeiter. Migration wurde in diesem Kontext zunehmend als bedrohliche Massenbewegung wahrgenommen. Als dann in den 1990er-Jahren zunehmend Asylsuchende in Deutschland ankamen, entwickelte sich die Debatte um Deutschland als Einwanderungsland endgültig in eine negative Richtung (vgl. Herbert 2017).

Vergegenwärtigt man sich die Begriffe, mit denen die jeweils eingewanderten Personengruppen bezeichnet wurden, so fällt auf, dass nicht von Einwanderung gesprochen wurde, sondern Ausdrücke genutzt wurden, die einen temporären Aufenthalt der Zugezogenen suggerierten (Asylbewerberinnen, Gastarbeiter, Vertragsarbeiterinnen, Ausländer). Auch das Konzept der „Integration auf Zeit“ belegt, dass die Dauer des Aufenthalts der Arbeitsmigrantinnen und -migranten begrenzt sein sollte. Doch im Lauf der Zeit zeigte sich die Tendenz zu einem dauer-

haften Verbleib in der Bundesrepublik Deutschland, unter anderem durch den zunehmenden Zuzug der Familien und der nachwachsenden zweiten und dritten Generation.

Aus dem temporären Gast, so stellte man allmählich fest, würde ein Dauergast werden. Diese unumkehrbaren Entwicklungen schufen Fakten, sodass der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Heinz Kühn in seinem Memorandum (1979) erstmalig öffentlich verkündete, dass Deutschland entgegen der weit verbreiteten Annahme ein Einwanderungsland sei und es sich bei „Gastarbeit“ tatsächlich um Einwanderung handele. In den darauffolgenden Debatten spielten die Fragen der Integration sowie der Ab- und Ausgrenzung von Ausländern gegenüber den deutschen Einheimischen eine immer wichtigere Rolle. Themen wie die Angst vor „Fremden“, die vermeintliche kulturelle Verdrängung durch die antizipierte Überfremdung und der angestrebte Schutz der (imaginierten) Homogenität der eigenen Gruppe bestimmten fortan die öffentlichen Diskurse. „Fremdenangst und -feindlichkeit“ galten dabei als natürliche Reaktionen auf Einwanderung (Eibl-Eibesfeldt 1992: 52; kritisch dazu: Alexopoulou 2018: 24).

Während zumindest in der Bundesrepublik über das Thema Migration gesprochen und gestritten wurde, gab es in der Deutschen Demokratischen Republik keine gesellschaftlichen Debatten über die Arbeitsmigration. Staatsoffiziös war die DDR dem Internationalismus verpflichtet und den sozialistischen Bruderländern zugetan, insbesondere der Sowjetunion, wie die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft zeigte – eine Massenorganisation. Doch nicht nur die Soldaten der Roten Armee, ihre Angehörigen sowie Zivilangestellten lebten separat im „Arbeiter- und Bauernstaat“, sondern auch jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund zwischenstaatlicher Vertragswerke an vielen Orten des Landes arbeiteten. Die staatlichen Regelungen sahen indes nicht vor, dass die Arbeitsmigrantinnen und -migranten auf Dauer bleiben sollten oder konnten. Entsprechend lebten die Auszubildenden, Arbeiterinnen und Arbeiter, Ingenieurinnen und Ingenieure aus Ungarn, Kuba, Mosambik, Angola oder Vietnam in separierten Wohnheimen. Und doch gab es vielfältige Kontakte zur einheimischen Bevölkerung – kollegiale, freundschaftliche oder Liebesbeziehungen, aber auch Anfeindungen. Doch Rassismus konnte es nach Auffassung des selbsterklärten antifaschistischen Staates in der DDR nicht geben – den gab es nur im „imperialistischen Westen“. Einer von vielen Irrtümern, wie sich spätestens nach 1990 zeigen sollte.

Die politischen, medialen und wissenschaftlichen Debatten um Asyl Anfang der 1990er-Jahre waren entgegen manchen Behauptungen nicht weniger enthemmt, als sie es heute sind. Es wurde kaum über Begriffe reflektiert, Klischees und Ressentiments wurden unhinterfragt reproduziert, eine Abwertung der Menschen war Teil der gesellschaftlich akzeptierten Alltagssprache. Um die vermeintliche Lage in Deutschland zu beschreiben, wurden negativ aufgeladene Bilder genutzt: „Das Boot ist voll“, lautete beispielsweise eine Parole, die seinerzeit sowohl von Politikerinnen und Politikern als auch von Journalistinnen und Journalisten in Zusammenhang mit der zunehmenden Migration nach Deutschland genutzt wurde. Zum diskursfähigen Vokabular der zugespitzten Debatte gehörte zudem der Begriff „Asylmissbrauch“; die Antragstellerinnen und Antragsteller wurden oft als „Scheinasylanten“ oder „Asylbetrüger“ oder „Sozialschmarotzer“ bezeichnet. Typisch für die Asyldebatte in diesen Jahren war die Verwendung einer Wasser-Metaphorik („Asylstrom“, „Flüchtlingswelle“), die die nach Deutschland kommenden Menschen als bedrohliche Naturgewalt darstellte. Prominente Politiker und Politikerinnen sprachen in Bezug auf die Asylpolitik im Oktober 1992 pauschal von einem „hunderttausendfachen Asylmissbrauch“ und warnten in diesem Kontext auch vor der Gefahr einer „durchrassten Gesellschaft“.

Auch wenn derartige Äußerungen im Nachgang relativiert wurden – so wie wir es auch aus gegenwärtigen Diskursen kennen –, so waren diese Worte einmal in der Welt und entfalteten ihre Wirkung, sowohl bei den Einheimischen als auch bei den Zugezogenen oder den als solche Markierten. Die Stimmung im wiedervereinigten Deutschland heizte sich angesichts der sogenannten Asyldebatte zunehmend auf, die Rhetorik mündete schließlich in brutale Gewalt. Innerhalb weniger Jahre wurden rassistisch motivierte Anschläge auf Unterkünfte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber und Häuser, in denen Menschen mit ausländischen Wurzeln lebten, verübt – in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Solingen und vielen anderen Orten (Kössler/Steuer 2023). Diese pogromartigen Übergriffe stellen Zäsuren in der deutschen Nachkriegsgeschichte dar. Politische Reaktionen darauf umfassten in der Regel Maßnahmen, um die Migration zu stoppen. Dadurch erhoffte man sich, den Rechtsextremismus in den Griff zu bekommen. Unter anderem zeigt sich daran erneut, dass nicht die Aggressionen gegen Migrantinnen und Migranten, sondern Migration an sich problematisiert wurde.

Die Art und Weise, wie über Migration debattiert wird, vergiftet auch in der Gegenwart das politische Klima und nimmt demokratiegefährdende Ausmaße an. Wie groß das Eskalationspotenzial dieser Debatten ist, musste die bundesrepublikanische Gesellschaft in der jüngeren Geschichte mehrfach schmerzlich erfahren. Rechtsextremistisch motivierte Attentate wie etwa die Bombenanschläge in Freital, der Mord an Walter Lübcke, der Angriff auf die Synagoge in Halle an der Saale und auch der Anschlag in Hanau sind weitere Zäsuren in der deutschen Geschichte und Gegenwart. Innerhalb der Debatten um Migration lassen immer wieder suggerierte Bedrohungsszenarien sachlichen Argumenten nur wenig Raum. Die Verfügbarkeit des Internets hat sicherlich dazu beigetragen, dass diese Diskurse seit der Ankunft der Geflüchteten 2015 auf zunehmend enthemmte Weise geführt werden.

Dabei zeigt ein genauerer Blick auf die Abfolge der Ereignisse, dass es gar keine großen Fluchtbewegungen nach Deutschland braucht, um dem Thema Migration eine Schärfe zu verleihen, die sich auf das gesellschaftliche Zusammenleben dekonstruktiv auswirken kann. Denn spannungsgeladen war die Debatte bereits vor der hohen Fluchtmigration im Sommer 2015. Ein Beispiel für die bereits vor der aktuellen Migrationsdebatte enthemmt geführte Diskussion liefert Thilo Sarrazins 2010 veröffentlichte Publikation mit dem Untertitel *Deutschland schafft sich ab*. Das „Sachbuch“, in dem sich der Autor in erster Linie gegen eine Einwanderung von Menschen aus muslimisch geprägten Ländern wendet, wurde zu einem der erfolgreichsten Bestseller der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der Erfolg dieser Publikation könnte als ein Indiz für eine Resonanz innerhalb der Bevölkerung interpretiert werden – wie auch das Aufkommen und die Unterstützung von Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) 2014 mit ihren vielen Ablegern in anderen Regionen.

Zugehörigkeit

Öffentliche Debatten in Bezug auf Einwanderung wurden sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart in der Regel problem- und defizitorientiert geführt. Der Umgang mit den als fremd markierten Menschen festigte rassistische Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft und führte zu Identitätsproblemen bei den betroffenen Menschen. In Deutschland geborene und sozialisierte Nachfahren der als fremd und andersartig markierten „Ausländerinnen und Ausländer“ erbten im Sinne des biologis-

tischen Prinzips den Status ihrer eingewanderten Eltern und wurden auf diese Weise migrantisiert beziehungsweise rassifiziert und marginalisiert. Die Option, dazugehören zu können, blieb aus. Als nichtdeutsch markierte Menschen wurden abgelehnt, abgewertet oder exotisiert, zum Teil auch romantisiert. Das deutsche Volk wurde als statische Größe verstanden: Der Vorstellung, man könne Deutscher sein, aber nicht werden, liegt ein biologistisches Verständnis von Zugehörigkeit zugrunde.

Neuaushandlungen bezüglich der gesellschaftlichen Verhältnisse waren unter diesen Bedingungen nicht vorgesehen. Auch wenn sich das Staatsbürgerschaftsrecht über die Jahrzehnte zunehmend den Realitäten angepasst hat und entscheidende rechtliche Möglichkeiten geschaffen wurden, um zumindest vor dem Staat als „deutsch“ zu gelten und von allen Teilhabemöglichkeiten Gebrauch machen zu können, reicht dies offenbar nicht aus, um Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund als selbstverständlichen Teil der deutschen Gesellschaft anzuerkennen. Zwar sind Gesetze essenzielle Fundamente, um das gesellschaftliche Miteinander zu regeln; damit aber die Erkenntnis, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein, die Gesellschaft durchdringt, bedarf es einer nicht per Gesetz zu regelnden Entwicklung eines kollektiven „Wir“, das biologistische Annahmen überwindet. Es braucht beispielsweise auch eine gemeinsame Erinnerungskultur, nicht nur, aber auch in Bezug auf die Migrationsgeschichte Deutschlands. Ein gemeinsames Narrativ konstituiert das kollektive „Wir“ in einer Gesellschaft. Wichtig ist in diesem Gestaltungsprozess, dass sich das „Wir“ nicht nur darüber einig ist, wogegen man ist, sondern auch wofür man gemeinsam einsteht (vgl. Bade 2018a: 331; Bade 2017: 602ff.).

Von der Deutungshoheit und der Sprachlosigkeit

In den Debatten der vergangenen Jahrzehnte wurde die migrantisierte Perspektive in historischen Erzählungen ausgeklammert und nicht in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse eingebunden. Um ein möglichst vollständiges Bild von der Migrationsgeschichte und -wirklichkeit Deutschlands zu erhalten, müssen beide Perspektiven berücksichtigt werden: die der aufnehmenden Gesellschaft und die der Zugezogenen beziehungsweise derjenigen, die als solche markiert sind.

In den vergangenen Jahren kann ein Paradigmenwechsel in den Migrationsdebatten verzeichnet werden. Die Diskurse werden zunehmend auch von Betroffenen mitgeführt. Dies hat unter anderem zur

Folge, dass sich die Art und Weise, wie über Migration und Zugehörigkeit verhandelt wird, im Vergleich zu den Jahrzehnten zuvor verändert hat. Es wird zwar immer noch weitestgehend über migrantisierte Menschen gesprochen statt mit ihnen, allerdings verschieben sich die Themen und Debatten teilweise und bleiben nicht zwangsläufig unwidersprochen. Dieser Widerstand fordert die Gesellschaft auf eine bisher unbekannte Weise heraus. Die Forderungen nach einer Aufarbeitung der deutschen Einwanderungsgeschichte, einer gemeinsamen Erinnerungskultur, der Anerkennung der Lebenswirklichkeiten der Betroffenen und auch nach Teilhabe werden lautstark in Politik, Medien und Gesellschaft vertreten. Innerhalb der Aushandlungsprozesse werden als selbstverständlich erachtete Privilegien, Deutungshoheiten und Machtverteilungen hinterfragt, was zum Teil auf Abwehr seitens der Mehrheitsgesellschaft stößt.

In der Essenz sind diese Debatten Teil eines wichtigen Prozesses: Sie schaffen ein Bewusstsein für gesellschaftliche Verhältnisse, die durch die Sprachlosigkeit vorangegangener eingewanderter Generationen nicht auf dem Verhandlungstisch lagen. Die gegenwärtigen Debatten sind begleitet von Vorwürfen, es handle sich bei den Forderungen der migrantisierten Gruppen um identitätspolitische Anliegen, die eine spalterische Wirkung verfolgten. Kontraproduktiv sind die Debatten tatsächlich dann, wenn ausschließlich partikulare Interessen im Vordergrund stehen oder eine neue Machtverteilung zugunsten einer anderen Gruppe angestrebt wird. In den Aushandlungsprozessen um Teilhabe in einer demokratischen Gesellschaft geht es aber nicht vordergründig darum, die Privilegien einer Gruppe an eine andere abzutreten. Das übergeordnete Ziel der Bewegung – abgesehen von einzelnen Abweichungen – ist, (strukturellen) Rassismus, Ausgrenzungen und Diskriminierungen sichtbar zu machen, um sie generell abzuschaffen, um jedem und jeder Partizipation zu ermöglichen, unabhängig von einer vorhandenen oder nicht vorhandenen Migrationsgeschichte. Das Anliegen der Menschen, die sich für ein diskriminierungsfreies, plurales Deutschland einsetzen, zielt auf nichts Geringeres ab als die Einlösung des demokratischen Versprechens auf Gleichwertigkeit und Chancengerechtigkeit.

Demokratische Einwanderungsgesellschaft

Wenn also Migration, wie eingangs beschrieben, als *Conditio humana* verstanden werden kann und auch

in Deutschland längst gelebte Realität ist, dann stellt sich nicht die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, sondern wie es mit dieser Wirklichkeit umgehen soll. In Bezug auf die Wahrung demokratischer Grundwerte stellt der Streit um Migration eine Gratwanderung dar. Selbstverständlich gibt es berechnete Forderungen nach Regularien, die Migration steuern sollten, und Maßnahmen, die es den ankommenden Menschen erleichtern sollen, Teil der Gesellschaft zu werden. Wenn Migration allerdings an sich als Abnormalität dargestellt wird, betroffene Menschen ausgegrenzt, strukturell benachteiligt, problematisiert oder gar pauschal kriminalisiert werden, dann verläuft die Diskussion in eine demokratiefährdende Richtung.

Die Frage, ob Migration überhaupt ermöglicht werden sollte, oder auch die sogenannte Migrationskepsis lassen sich mit den Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft nicht vereinbaren. Denn unabhängig von der wirtschaftlichen Dringlichkeit, Migration nach Deutschland zu ermöglichen, ist es auch aus humanitären Gründen die Pflicht einer jeden Demokratie, Menschen in Not aufzunehmen. Das Recht auf ein Asylverfahren ist ein Menschenrecht, das Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben ebenfalls; der Schutz von Minderheiten ist essenziell für demokratische Gesellschaften. Wie wir mit dem Thema Migration umgehen, definiert uns daher nicht nur als Gesellschaft, es definiert unsere Demokratie. Den Einsatz für ein gerechtes Einwanderungsland als „links-grün versifft“ zu markieren und damit zu diskreditieren, zeugt von einem Missverständnis über die Grundlagen unserer Demokratie.

Das bpb-Zeitbild

Diverse Migrationsforscher betonen, dass es von außerordentlicher Wichtigkeit sei, die unter anderem migrationsbedingt wachsende Diversität als den Normalzustand einer von Pluralität geprägten Gesellschaft zu verstehen (vgl. u. a. Bade/Oltmer 2004; Rass 2021). Migration berge dabei mehr Chancen als Gefahren für die aufnehmende Gesellschaft. Doch so hält die Migrationsforscherin Naika Foroutan fest, habe es die Integrationsforschung versäumt, Einwanderung „narrativ und politisch als eine Erfolgsgeschichte zu erzählen“, obwohl die empirischen Daten doch deutliche Hinweise für diesen Erfolg geliefert hätten. Auch die Verknüpfung von Migration mit Bedrohungen und die Wahrnehmungen der Bevölkerung von Integration als eine Geschichte des Scheiterns habe die Forschung nicht verhindert (Zentrum für Integrationsstudien 2019).

Um Migration zu normalisieren, ist es wichtig, die damit verbundenen Themen weder als Gefahr noch als unkritische Erfolgsgeschichte zu erzählen. Wenn migrantisierte, rassifizierte und/oder marginalisierte Menschen in den Medien, in der Gesellschaft oder in der Politik zu Wort kommen, wird stets hervorgehoben, wie wichtig aus der Sicht der Betroffenen die Sichtbarkeit ihrer Identitäten ist. Auch wenn auf diese Weise Normalisierungsprozesse gefördert werden sollen, besteht die Gefahr, dass durch die angestrebte Sichtbarkeit in erster Linie Differenzen reproduziert werden. Stattdessen sollte diese den Betroffenen Repräsentanz ermöglichen.

Die Geschichten und Erfahrungen von migrantisierten Menschen wurden bis vor einigen Jahren fremderzählt. In der Regel von Menschen, die über Zugänge verfügten, welche migrantisierten Menschen fehlten. In diesem Kontext waren eingewanderte Menschen Objekte der Migrationsgeschichte Deutschlands und wurden auch als solche wahrgenommen. Geschichte hat aber mehrere Seiten, im Fall von Migration mindestens zwei. Für einen Perspektivwechsel ist es daher essenziell, dass migrantisierte Menschen als Subjekte der gemeinsamen Migrationsgeschichte Deutschlands wahrgenommen werden.

Das vorliegende *Zeitbild* der Bundeszentrale für politische Bildung soll in diesem Sinne einen Beitrag dazu leisten. Es möchte Menschen mit unterschiedlichen biografischen Hintergründen ein Forum bieten, ihre Perspektiven darzulegen. Denn ihre Geschichten sind als selbstverständlicher Teil der deutschen Geschichte anzuerkennen. Angesichts der Tatsache, dass migrantisierte Menschen noch immer oft als „die Anderen“ gesehen werden, ist es umso wichtiger, den Blick auf die konkrete Lebenswirklichkeit von Menschen, die von pauschalisierenden Zuschreibungen betroffen sind, zu richten. Das *Zeitbild* zeichnet eine Gesellschaftsgeschichte von Deutschland als Einwanderungsland nach, in der die Eingewanderten und ihre Folgegenerationen, die eben immer weniger in die Ausgangskategorien „Gastarbeiter“, „Ausländer“ et cetera passen, sich selbst mit ihren Erfahrungen repräsentieren. Denn die Biografien der Menschen, die im Lauf der Jahrzehnte nach Deutschland kamen, und die ihrer Nachkommen sind Teil deutscher Geschichte und Gegenwart. Diese als Selbstverständlichkeit und Normalität in die deutsche Erinnerungskultur und Gegenwart einzubeziehen und nicht als exotische Besonderheit zu stigmatisieren, ist entscheidend dafür, wie auf Migration in Deutschland künftig geblickt wird.

Das *Zeitbild* fokussiert auf die Auseinandersetzung mit den Themen Migration, Integration, Diversität, Rassismus und Zugehörigkeit nach den Prinzipien und Leitlinien der politischen Bildung. Um den Ansprüchen der politischen Bildung in diesem Zusammenhang gerecht werden zu können, müssen auch Themen aufgegriffen werden, die gesellschaftlich kontrovers diskutiert werden. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Fragestellungen rund um Spannungsfelder in einer Migrationsgesellschaft soll daher dazu dienen, Hintergründe zu beleuchten und Denkanstöße zu geben. Um die Zustände in der Gegenwart verstehen zu können, ist es unabdingbar, die geschichtlichen Gegebenheiten nachzuvollziehen. Die Auseinandersetzung mit dem Thema des *Zeitbilds* umfasst daher eine kritische Reflexion wissenschaftlicher und öffentlicher Diskurse zu Migration und Integration seit 1945 in chronologischer Reihenfolge.

Nach dem einführenden Kapitel, das einen Überblick über die Migrationsgeschichte Deutschlands gibt und im zweiten Teil einen kritischen Blick auf die Migrationsforschung wirft, werden in den folgenden drei Kapiteln die Migrationsdiskurse in der Bundesrepublik Deutschland, in der Deutschen Demokratischen Republik und im wiedervereinten Deutschland skizziert. Im Zentrum der Beiträge steht neben der Vermittlung von Zahlen, Daten und Fakten zur Migrationsgeschichte die Auseinandersetzung mit den jeweiligen gesellschaftlichen Diskursen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen politischen Systeme. Dabei geht es nicht darum, die verschiedenen Systeme gegeneinander in Stellung zu bringen, sondern vielmehr darum zu verstehen, wie Migration in welchen Teilen Deutschlands und zu welcher Zeit gesellschaftlich, politisch und medial ausgehandelt wurde. (Historische) Entwicklungen sollen dargelegt, Kontinuitäten aufgezeigt und Begriffe im Kontext ihrer geschichtlichen Genese diskutiert werden.

In dem anschließenden Kapitel „Ein genauerer Blick auf ...“ wird in kurzen Beiträgen auf einzelne Aspekte rund um das Thema Migration gesondert eingegangen. Ein weiteres Kapitel widmet sich dem Thema Integration. In Bezug auf Migration ist der Begriff „Integration“ zu einer Art Reizwort geworden, da er Machtverhältnisse widerspiegelt und im klassischen Verständnis eine Gruppe, nämlich die der Zugewanderten, zur Assimilation auffordert. Diese Konzeption ist umstritten und wissenschaftlich längst überholt. In den Beiträgen dieses Kapitels

wird das Thema von verschiedenen Seiten beleuchtet. Integration wird dabei als ein wechselseitiger Prozess verstanden, der Eingewanderte sowie Einheimische gleichermaßen fordert. Alle Menschen in Deutschland stehen vor der Aufgabe, sich in ein Land, in dem Einwanderung Normalität ist, integrieren zu müssen. In diesem Zusammenhang wird auf das Thema Bildung als zentrales Element für Integration und Religion als vermeintliches Hindernis für eine Eingliederung in die Mehrheitsgesellschaft ein besonderer Fokus gelegt.

Daran anknüpfend folgt das Kapitel „Rassismus in der Migrationsgesellschaft“. In verschiedenen Beiträgen setzen sich die Autorinnen und Autoren mit der Kontinuität von Rassismus und rassistischer Gewalt in Deutschland auseinander. Der Band schließt mit dem Kapitel „Diversität und Zugehörigkeit in der Migrationsgesellschaft“, in dem Fragen um den Begriff „Migrationshintergrund“ und zur Bedeutung des Deutsch-Seins diskutiert werden.

Neben den wissenschaftlich kontextualisierenden Beiträgen legt das *Zeitbild* einen Schwerpunkt auf persönliche Einblicke von Menschen, die entweder selbst eingewandert sind, „eingewandert wurden“ oder einen anderen besonderen Bezug zu der Thematik aufweisen. Die biografischen Erzählungen, die auf Interviews mit ausgewählten Menschen basieren und über den gesamten Band verteilt sind, ermöglichen an den entsprechenden Stellen „Einblicke in die Lebenswirklichkeiten“ und zeigen eine persönliche Sicht auf die Thematik.

Bei der Auswahl der Themen und der Schwerpunktsetzung zu diesem Buch ist deutlich geworden, dass viele Aspekte nicht ausreichend dargelegt werden konnten oder gar vernachlässigt werden mussten. Die Publikation erhebt daher grundsätzlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auch in Bezug auf die biografischen Erzählungen muss festgehalten werden, dass die Diversität der migrantisierten Menschen in Deutschland nicht annähernd umfassend dargestellt wird. Vielmehr sind es tatsächlich Einblicke, die dazu anregen sollen, sich mit der jeweiligen subjektiven Perspektive auseinanderzusetzen.

Bildauswahl

Die Reihe *Zeitbilder* der Bundeszentrale für politische Bildung möchte historische, gesellschaftliche und kulturelle Themen anschaulich und lebensnah dar- und vorstellen. Dabei kommt der ästhetischen Aufbereitung mit einer Mischung aus Fotos und Illustrationen eine große Bedeutung zu. Entsprechend

versucht der vorliegende Band, auch auf der bildlichen Ebene die Vielfalt des Einwanderungslandes Deutschland zu zeigen. Augenfällig wird dabei der aufmerksamen Leserin und dem aufmerksamen Leser werden, wie sich nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Bildsprache über die Jahrzehnte verändert hat. Die medial verbreiteten Aufnahmen beispielsweise der Geflüchteten und Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, der Arbeitsmigrantinnen und -migranten („Gastarbeiter“) und der unterschiedlichen Asylsuchenden unterscheiden sich – nicht nur insofern, als frühere Aufnahmen in Schwarz-Weiß gehalten sind, während dann mit der massenhaften Verbreitung des Farbfilms in den 1980er-Jahren zunehmend auch kolorierte Fotos erscheinen. Vielmehr zeigt sich der Unterschied in den verbreiteten Motiven: Geflüchtete und Vertriebene werden oft auf dem Treck dargestellt, wie sie mit wenigen Habseligkeiten gen Westen ziehen, oder man zeigt sie als Teil landsmannschaftlicher Kollektive auf Heimattreffen und anderen Großveranstaltungen. Von ihrem individuellen Schicksal in der neuen „kalten Heimat“ (Andreas Kossert) zeugen jedoch kaum Aufnahmen.

Ähnlich die Bildsprache in Hinblick auf die vorwiegend männliche Arbeitsmigration aus Italien, Spanien, der Türkei und anderen Ländern. Vielfach zeigen verbreitete Fotos ihr Ankommen in Deutschland oder wie sie sich als Arbeiter verdingen. Selten dokumentierten Aufnahmen, unter welchen Bedingungen sie leben mussten. Diese Bildsprache verändert sich mit den 1970er-Jahren in der Bundesrepublik – vor allem mit dem Familiennachzug. Allerdings zeigt sich dabei oft eine Stereotypisierung: Fotos einzelner und in der Regel der immer gleichen, deutlich von Zuwanderung geprägten Stadtviertel dominieren die Darstellungen. Eingewanderte und ihre Familien erscheinen stets „arm“ – die Plastiktüte, mit der sie oft aufgenommen wurden, geriet zum Synonym.

Mit der einsetzenden Debatte um das Grundrecht auf Asyl werden dann die damit verbundenen und beschriebenen Metaphern von „Masse“ und „Flut“ in Szene gesetzt – leider mitunter bis heute. Doch wo bildet sich eigentlich das alltägliche Leben eingewandelter Menschen ab – wo zeigt sich ein Blick, der nicht „das Fremde“ inszeniert? Die Antwort auf diese Frage fällt leicht: in privaten Aufnahmen Zugewanderter sowie in den Bildern jener Fotografinnen und Fotografen, die sich mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte für den Menschen, der zuwanderte, interessieren. Und so stehen dem fremden Blick auf

Migration eben jene Aufnahmen in diesem *Zeitbild* gegenüber, die den Menschen in den Mittelpunkt rücken und einen Perspektivwechsel anregen.

Dank

Die Verknüpfung des Themas Migration mit subjektiven Erfahrungen und Geschichten mündet häufig in identitätspolitischen Fragen, die zum Teil dekonstruktive Ausmaße annehmen können. Sich diesem Thema im Rahmen eines Projektes der politischen Bildung zu nähern, erfordert daher tiefgehende Expertise, aber auch ein hohes Maß an Sensibilität und gesellschaftspolitischer Weitsicht. Ein Projekt wie das vorliegende *Zeitbild* ist nicht möglich ohne die Unterstützung vieler Expertinnen und Experten, die sich auf den subjektorientierten, persönlichen Ansatz einlassen. In erster Linie danken die Herausgebenden daher Noa Ha und Christoph Rass, die dem Projekt bereits in der Entstehungsphase mit hilfreichen Hinweisen und ihrem kritischen Blick wichtige Impulse gegeben haben. Ihre wissenschaftlichen Gutachten trugen maßgeblich zur Entwicklung des Konzepts bei.

Den Autorinnen und Autoren der einzelnen Beiträge und allen Mitwirkenden gilt ebenfalls unser aufrichtigster Dank. Besonders danken möchten wir Nadine Mena Michollek und Ekrem Şenol, die mit großem Einsatz die „Einblicke in Lebenswirklichkeiten“ konzipiert, recherchiert und verfasst und damit die Publikation mit Leben gefüllt haben. Die gemeinsamen Überlegungen und Ideenentwicklungen waren stets bereichernd und führten dazu, dass der Ansatz der Publikation trotz zahlreicher Herausforderungen letztlich realisiert werden konnte.

Ein *Zeitbild* wäre kein „Zeitbild“ ohne die Bilder und Grafiken. Der Bildredaktion kommt in diesem Zusammenhang eine immense Bedeutung zu. Für ihre Kreativität, ihr Engagement und ihre Ausdauer möchten wir unserem externen Bildredaktionsduo Marie Capellmann und Nils Langer ganz besonderen Dank aussprechen. Sie und wir danken zugleich dem Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD e. V.), das uns viele Blicke in sein Archiv ermöglichte. Danken möchten wir schließlich auch Jonas Cleve, Serena Bossio und Marina Mielczarek vom Büro Leitwerk für das beeindruckende Layout und vor allem die schönen Grafiken, die die „Einblicke in Lebenswirklichkeiten“ illustrieren.

Dem Lektor der Publikation Eik Welker gilt ebenfalls unser besonderer Dank für seine Gewissenhaftigkeit und seine kritischen sowie umsichtigen An-

merkungen. Danken möchten wir auch dem Fachbereich Extremismus der Bundeszentrale für politische Bildung, allen voran Hanne Wurzel, die das Projekt unterstützt und damit überhaupt erst ermöglicht hat. Gereon Flümman, Mariana Fenske und Ronja Meurer sowie das gesamte Team des Fachbereichs standen den Herausgebenden von Beginn an und unermüdlich mit Rat und Tat zur Seite.

All denen, die ihre persönlichen Erfahrungen in diesem *Zeitbild* teilen, möchten wir an dieser Stelle ganz herzlich danken. Sie gewähren uns Einblicke, die unsere Horizonte erweitern – sie stellen das Herzstück der Publikation dar. Ohne ihre Beteiligung und ihre Offenheit wäre die Umsetzung des Projektes nicht möglich gewesen.

Der größte Dank – und das meinen die Herausgebenden ohne Übertreibung – gilt Martin Langebach. Aufgrund unvorhergesehener personeller Entwicklungen war die Fertigstellung des Projektes zwischenzeitlich gefährdet. Martin Langebach, der bereits in der Entstehungsphase beratend an der Seite der Herausgebenden stand, übernahm ohne zu zögern den bpb-internen Lead trotz des damit verbundenen hohen Arbeitspensums. Ihm haben die Herausgebenden zu verdanken, dass das *Zeitbild* in der vorliegenden Form überhaupt fertiggestellt werden konnte.

Berlin, im Juni 2023



Migration ist der (nicht nur historische) Normalfall. Doch dies anzuerkennen, wurde in Deutschland über Jahrzehnte verweigert, wobei der Blick auf die tatsächlichen Lebensrealitäten konsequent ausgeblendet wurde. Wie gestaltet sich Zuwanderung? Wer kommt woher? Und wie wurden und werden die Menschen willkommen geheißen?

Im Blick auf das Einwanderungsland Deutschland liegen die Antworten bisweilen auf der Hand. Insbesondere weil Einwanderung oft als Problem diskutiert wird: Spracherwerb, kulturelle und religiöse Differenzen, Familienzugehörigkeiten, Kriminalität oder schlicht die Herkunft waren und sind bis heute Themen, die die Gemüter regelmäßig erhitzen. Doch wie blicken jene Menschen auf das Thema Migration, die nach Deutschland einwanderten? Wie nehmen ihre Kinder und Kindeskiner die Debatten um Migration wahr? Wie empfinden sie die Ablehnung, die ihnen mitunter in Form von Rassismus und Gewalt entgegen schlägt? Werden auch sie irgendwann einfach nur „Deutsche“ sein – ohne den sogenannten Migrationshintergrund?

Das Zeitbild „Einwanderungsdeutschland“ gibt keine einfachen Antworten. Texte, Porträts und Interviews sowie eine Vielzahl ausgewählter Fotografien ermöglichen ungewohnte Perspektiven, tragen zu aktuellen Kontroversen bei und machen jene Menschen sichtbar, über die in Deutschland häufig gesprochen wird – meist jedoch ohne *mit* ihnen zu sprechen.

